

Einleitung

Worum geht es? Es geht um das große „Ganze“ – und das konkrete „Kleine“. Das „Kleine“, das „vor Ort“ groß sein kann. Das große „Ganze“ wiederum, das „vor Ort“ abstrakt, weit weg und zum Teil bloße Theorie ist. Es geht um die politisch höchst ambitionierten Pläne eines grundlegenden Umbaus der deutschen Energieversorgung in einem Zeitraum von vier Jahrzehnten, um damit verbundene Investitionskosten von bis zu einer halben Billion Euro. Es geht um die nahezu vollständige Abkehr von fossilen, in jedem Fall von nuklearen Energieträgern, und um einen signifikanten Fortschritt auf dem Gebiet des Klimaschutzes. Es geht aber auch um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um technologische Innovationen und Exporterwartungen.¹

Es geht vor Ort – als Baustein des großen Ganzen – um ein Investitionsprojekt von rund 700 Millionen Euro zur Schaffung eines 640-Megawatt-Pumpspeicherkraftwerks in der zweitgrößten deutschen Talsperre, dem Rurstausee, und damit um Planungen für das viertgrößte Kraftwerk seiner Art in Deutschland.² Um einen Eindruck von der Größenordnung zu bekommen: Unter Berücksichtigung der Auslastungszeiten hätte das Pumpspeicherkraftwerk am Rursee etwa der Nennleistung von einem Achtel eines durchschnittlichen deutschen Kernkraftwerkes entsprochen.

Projekt, das zwischenzeitlich gescheitert ist.⁴ Politisch nicht zuletzt aufgrund von signifikanten Differenzen innerhalb und zwischen den verschiedenen Parteien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Unternehmerisch, weil der Projektinitiator Trianel das Projekt nicht weiter verfolgt. Das Pumpspeicherkraftwerk Rursee ist aber auch aufgrund einer gespaltenen Bürgerschaft vor Ort gescheitert, in der sich Bürgerinitiativen für und gegen das Kraftwerksprojekt gegründet haben – „Rettet den Rursee“⁵ war die Losung letzterer. Es geht um Ängste vor Baulärm, vor einem Schaden für den Tourismus und dem Fernbleiben von Gästen in einem überregional bekannten Erholungsgebiet. Es geht um Segelboote, um Stege und um mögliche Schwankungen des Wasserpegels, um die Zukunft von Flora und Fauna, um die Furcht vor „Monsterwellen“⁶, und schließlich auch um den generellen Zweifel am Nutzen von Pumpspeicherkraftwerken als Energiespeichertechnologie der Zukunft. Kurzum: Es geht um das Für und Wider eines einzelnen Bausteins des großen Ganzen. Es geht um die „Energiewende“ in Deutschland – konkret, „vor Ort“.

Das Projekt einer „Energiewende“ ist nicht neu. In Deutschland wird dieses nicht erst seit wenigen Jahren, zumal unter dem Eindruck des Reaktorunglücks in Fukushima im März 2011, und auch nicht erst seit den Weichenstellungen der rot-grünen Bundesregierung im Kontext des Atomausstiegs und der Initiierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) postuliert. Erste Forderungen nach einer „Energiewende“ liegen Jahrzehnte zurück.

Bereits 1980 veröffentlichte das deutsche Öko-Institut einen Band mit dem Titel „Energie-Wende“⁷, in dem das Ziel einer vollständigen Abkehr sowohl von der Kernenergie als auch von fossilen Brennstoffen entwickelt wurde – nicht zuletzt unter dem Eindruck der weltweiten Ölkrise, die bereits die amerikanische

	Leistung pro Kraftwerk pro Stunde	Laufzeit Kraftwerk pro Tag	Tagesleistung Strommenge
Pumpspeicherkraft	600 MW	6 h	3.600 MW
Kernkraft	1.200 MW	24 h	28.800 MW
Kohlekraft	1.000 MW	24 h	24.000 MW

Tagesleistung 1 Kernkraftwerk	4	Tagesleistung 8 Pumpspeicherkraftwerke
-------------------------------	---	--

Abbildung 1: Größenordnung Pumpspeicherkraftwerk Rursee; Quelle: Eigene Darstellung

Ein Vorhaben, das sogar Eingang in den Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für die Legislaturperiode 2012-2017 gefunden hat.³ Es geht aber auch um ein



Quelle: © S. Fischer Verlag Hamburg

Administration unter Jimmy Carter zu Planungen einer Energieversorgung jenseits des Erdöls veranlasst hatte. Waren es in den 1970ern und Anfang der 1980er Jahre vor allem Umweltgruppen sowie die erstarrende Partei „Die

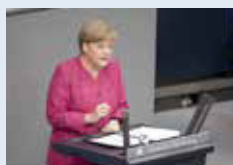
Grünen“, die sich das Thema des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Abkehr von der Kernenergie auf die Fahnen schrieben, so führte das Reaktorunglück in Tschernobyl auch bei der einstigen Pro-Atom-Partei SPD zu einem energiepolitischen Kurswechsel. Mit der Übernahme der rot-grünen Regierungsverantwortung auf Bundesebene mündete dieser schlussendlich in das im Jahr 2000 beschlossene EEG sowie ein flankierendes Atom-Ausstiegsgesetz („Atomkonsens“) mit klaren zeitlichen Vorgaben für Reaktorrestlaufzeiten.⁸

Kernkraft galt fortan allenfalls noch als „Brückentechnologie“ hin zu einer möglichst vollständigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Erneuerbaren Energien. An dieser politischen Weichenstellung hielten die nachfolgenden Bundesregierungen im Grundsatz fest, auch wenn die CDU/CSU-FDP-Regierung im Herbst 2010 den bestehenden „Atomkonsens“ insofern modifizierte bzw. nach Ansicht der Opposition und der Umweltverbände aufkündigte, als dass deutlich verlängerte Reaktorlaufzeiten – im Durchschnitt zwölf Jahre – beschlossen wurden. Die erwartbaren Gewinne der Energieunternehmen sollten demnach anteilig in einen Fonds zur Finanzierung der Förderungsmaßnahmen zur Umsetzung des Energiekonzepts eingezahlt werden.

Doch nur wenige Monate später trat mit dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima erneut eine politisch und nicht technologisch oder ökonomisch veränderte Situation mit der Folge eines rapiden Politikwechsels⁹ ein: Angesichts der Wucht der Ereignisse in Japan wurde ein sofortiges dreimonatiges Atommoratorium sowie später ein vorgezogener Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis 2022 in einem – mit Ausnahme der Linkspartei – parteiübergreifenden parlamentarischen Konsens beschlossen. Auch einigte man sich auf

Angela Merkel zur Energiewende

Regierungserklärung 9. Juni 2011



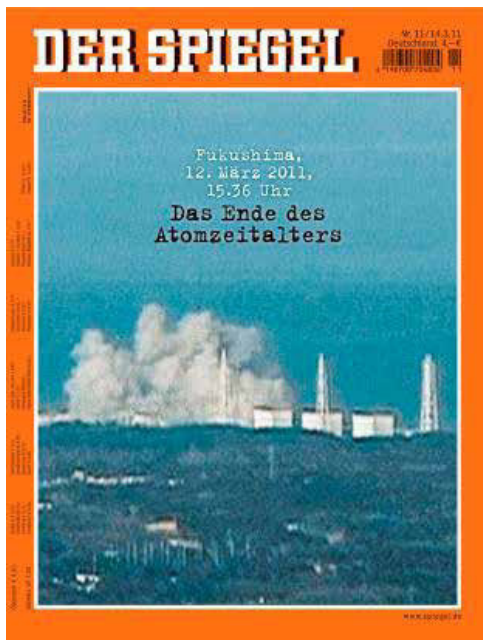
© Deutscher Bundestag,
Thomas Imo/photothek

„Ich sage ganz deutlich:
Es handelt sich um eine
Herkulesaufgabe –
ohne Wenn und Aber.“

eine signifikante Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

Während acht Kernkraftwerke umgehend ihre Betriebsgenehmigung verloren und die Laufzeiten der übrigen neueren Kraftwerke zeitlich gestaffelt wurden, sollen die letzten Atommeiler nach dem „13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“¹⁰ 2022 vom Netz gehen. Eine „Herkulesaufgabe“, wie die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung zur „Energiewende“ im Juni 2011 bekannte.¹¹

Die sukzessive Reduktion des Anteils der Kernenergie an der gesamten Stromproduktion der Bundesrepublik Deutschland soll ein ehrgeiziger Ausbauplan für den Anteil Erneuerbarer Energien flankieren: Während nach dem von der Bundesregierung 2010/2011 vorgestellten Energiekonzept der Anteil im Jahr 2020 bei 35 und 2030 bei 50 Prozent liegen sollte, vereinbarte die Große



Quelle: © Der Spiegel 11/2011

Koalition Ende 2013 anstelle von Mindestzielen „Ausbaukorridore“, was nach Ansicht des BUND die Ausbaudynamik enorm „bremse“¹²; Korridore von 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 sowie von 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035.¹³ Langfristig steuert die Politik, so das Energiekonzept von 2010, Zielmarken von nach wie vor 65 Prozent bis 2040 und 80 Prozent bis 2050 an. Parallel dazu soll der Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent sinken. Die klimaschädlichen Treibhausgase sollen gegenüber dem Referenzjahr 1990 bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bzw. 95 Prozent reduziert werden.¹⁴ Grüne und Linke plädieren ihrerseits für noch ehrgeizigere Ziele im Rahmen der Energiewende: Während die Grünen einen hundertprozentigen Umstieg auf Erneuerbare Energien in Deutschland schon bis 2030 anstreben¹⁵, will die Linkspartei dieses Ziel bis 2050 erreichen, mithin 20 Prozent mehr als die Bundesregierung im gleichen Zeitraum¹⁶. „Obwohl die Zahlen der Bundesregierung als vermeintlich konkrete Ziele für 2050 daher kommen“, so urteilt Klaus-Dieter Maubach in sei-

nem jüngst vorgestellten Buch zur Energiewende, „sind sie mit Blick auf den gewählten Zeithorizont bis 2050 nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Vision.“¹⁷ Und Jürgen-Friedrich Hake vom Forschungszentrum Jülich bemerkt in diesem Zusammenhang ganz grundsätzlich, die Zielvorgabe Deutschlands, Wirtschaft und Gesellschaft bis 2050 weitgehend zu entkarbonisieren, stelle ein „technisches und gesellschaftliches Experiment [dar], und wie jedes Experiment kann es erfolgreich sein oder scheitern. Das Risiko eines Scheiterns – oder zumindest sehr hoher Kosten der Transformation – wächst, wenn präzise Zeitvorgaben, Pfade festgelegt und die Technologieauswahl politisch verknappt werden.“¹⁸ Schließlich müsste der Umbau des Energiesystems „kompatibel sein mit übergeordneten gesamtgesellschaftlichen Normen wie intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit.“¹⁹

Beide zentralen Dimensionen dieser seitens der Politik auf einen präzisen Zeitraum von vier Jahrzehnten angelegten „Energiewende“ – der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie sowie der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien – stoßen in der Bevölkerung heute auf große Zustimmung. Der allgemeine Zuspruch zur „Energiewende“ liegt bei 93 Prozent.²⁰ 73 Prozent halten den parlamentarischen Beschluss, bis 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen, für richtig.²¹ Kein Zweifel: In ihrer grundsätzlichen Ausrichtung findet die parteiübergreifend beschlossene „Energiewende“ auch mehr als zwei Jahre nach der Katastrophe von Fukushima einen positiven Resonanzboden in der Bevölkerung, auch wenn bereits im Sommer 2012 knapp 50 Prozent der Bevölkerung Zweifel an dem ambitionierten Zeitplan äußerten²² und fast Dreiviertel der Bevölkerung heute davon ausgeht, dass die Energiewende „nur mit Einschränkungen umgesetzt“ werden wird.²³ Auch äußerte fast die Hälfte der Bevölkerung die Erwartung, dass es künftig zu Engpässen bei der Energieversorgung kommen

werde²⁴ und 66 Prozent der Bevölkerung zeigten sich überzeugt davon, dass der Ersatz der Kernenergie durch Wind-, Wasser- und Solarkraft „eher schwer“ bzw. „sehr schwer“ werde.²⁵ Als mit Abstand größten Nachteil der Energiewende werden „steigende Energiepreise“ genannt.²⁶ Über 90 Prozent der Bürger erwarten in den kommenden Jahren steigende Strompreise.²⁷

Die grundsätzlich positive Einstellung zur „Energiewende“ kehrt sich in eine abwägende bis klar ablehnende Einstellung um, wenn die Infrastrukturdimension, sei es hinsichtlich der Energiegewinnung, ihrer Sicherung, Speicherung oder ihres Transports, in das Blickfeld rückt. Äußern sich 25 Prozent davon überzeugt, dass es zur Sicherung der Energieversorgung notwendig sei, Gas- resp. Kohlekraftwerke zu bauen, so lehnen wiederum 61 Prozent den Bau eines Kohlekraftwerks in der Heimatregion ab. 70 Prozent der Bürger empfinden Proteste gegen große Infrastrukturprojekte als „gut“ oder „sehr gut“, wie die groß angelegte Studie der Universität Leipzig zu „Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten“ herausgefunden hat.²⁸

Auffallend und für das Projekt „Energiewende“ politisch wie wirtschaftlich höchst prekär ist der Umstand, dass einer grundsätzlich vorhandenen Einsicht in die Notwendigkeit des massiven Ausbaus von Erzeugungs-, Speicher- und Transportkapazitäten eine große Skepsis gegenübersteht, wenn sich der Ausbau von Kraftwerken nicht auf Wind, Wasser, Photovoltaik, Erdwärme und Biogas beschränkt, sondern sich womöglich auch auf Gas- oder gar Kohlekraft erstrecken sollte.²⁹ Eine Skepsis im Übrigen, die grundsätzlich immer größer wird, je mehr das persönliche Umfeld, sei es durch den Bau von Windrädern, von oberirdischen Stromleitungen oder von Speicherkraftwerken, tangiert ist. „NIMBY“ („Not In My Back Yard“) bzw. „BANANA“ („Build Absolutely Nothing Anywhere Near Anything“) nennen sich jene Phänomene, die seit Jahren



Quelle: © Audacia /pixelio.de

auch im Zusammenhang mit anderen Infrastruktur-Großprojekten – Beispiel: „Stuttgart 21“ – zu beobachten sind. Sie spielen auch im Kontext des Projekts der „Energiewende“ eine wichtige, in der öffentlichen Debatte bislang jedoch eher unterbelichtete Rolle. Doch auch über die „NIMBY“- und „BANANA“-Aspekte der persönlichen Betroffenheit hinaus werden Gesichtspunkte wie Technik-Skepsis und ein oft geringer spezifischer Wissensstand in der Bevölkerung eine wichtige Rolle auf dem weiteren, langen Weg der „Energiewende“ spielen. Dies zum einen hinsichtlich energiepolitisch relevanter Technologien, zum anderen aber auch mit Blick auf baurechtliche Verfahrensschritte bei großdimensionierten Projekten.³⁰ Nur einem äußerst geringen Bevölkerungsteil dürfte bekannt sein, wie sich beispielsweise die Phasen der Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren zueinander verhalten und wann welcher Akteur sich dabei einbringen kann. Welche Auswirkungen dies auf den Fortgang und den Erfolg des Projekts haben wird, ist – neben anderen zentralen Fragen wie jener nach der Entwicklung der Energiekosten für Unternehmen und Verbraucher bzw. der europäischen Dimension der „Energiewende“ – eine Schlüsselfrage für Wirtschaft und Öffentlichkeit. Und eben für jene politisch Verantwortlichen, die bereits jetzt bei bestimmten Parametern des Gesamtprojekts nachjustieren und eine Reform des EEG als eines der zentralen politischen Projekte des neu geschaffenen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in den Vordergrund gestellt haben.³¹

Dieser Schlüsselfrage nach Akzeptanzgewinnung und -erhalt bei Infrastrukturprojekten der Energiewende in Zeiten einer „neuen Macht der Bürger“³² – die aber im Grunde gar nicht so neu ist³³ – widmet sich die vorliegende Studie.* Dies nicht, indem sie auf abstrakter theoretischer Ebene verharret, sondern indem sie die „Energiewende“ konkret, anhand eines Fallbeispiels, beleuchtet bzw. im Lichte der vorliegenden einschlägigen Partizipations- und Akzeptanzstudien spiegelt.³⁴ Erst aus der Analyse dieses konkreten Beispiels sollen Schlussfolgerungen vorgenommen werden. Vom Konkreten zum Allgemeinen heißt hier der Leitsatz, oder vom Scheitern des Vorhabens am Rursee zu Folgerungen für Politik und Unternehmen auf der grundsätzlichen Ebene: Wo steht bzw. wie steht es um die „Energiewende“?

Dabei gilt es zu analysieren, inwiefern die Akteurskonstellation, der Entwicklungsverlauf und das Ergebnis des Projekts „Rursee“ den bislang bekannten Mustern des Zusammenwirkens von Politik, Unternehmen, Medien und Bürgerschaft entsprechen bzw. inwiefern sie sich unterscheiden: Wer hat sich wann, wie, warum positioniert und aufgrund welcher Gründe schlussendlich durchgesetzt? Warum scheiterte das Trianel-Projekt am Rursee, während es im ostwestfälischen Höxter keine vergleichbaren Proteste gegen ein ebenfalls von Trianel geplantes Pumpspeicherkraftwerk gibt? (Siehe hierzu Infobox: „Das geplante Pumpspeicherkraftwerk an der Nethe“, S.

* Ein besonderer Dank für die Kooperation in verschiedenen Kontexten und Formationen gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem neuen Leiter Philipp Lerch, Dr. Mechthild Scholl, Ursula Gründler, Andreas Struck, Konstantin Otto sowie dem ehemaligen Leiter der KommunalAkademie, Daniel Schranz. Ein großer Dank gilt darüber hinaus Prof. Jürgen-Friedrich Hake vom Forschungszentrum Jülich, dem es immer wieder auf beeindruckte Weise gelungen ist, technisch komplexe Zusammenhänge für Politikwissenschaftler verständlich zu machen. Für die finanzielle Unterstützung der vorliegenden Studie sei der CIVITAS-Stiftung herzlich gedankt.



Quelle: © Manuel van Durme /pixelio.de

61) Sodann: Können Lehren aus diesem konkreten Beispiel des Scheiterns für das Gesamtprojekt „Energiewende“ gezogen werden – und wenn ja, welche?

Schlussendlich: Können Lehren gezogen werden auch über das konkrete Projekt „Energiewende“ hinaus? Für eine veränderte bzw. zu verändernde Architektur und Legitimationsgrundlage des Politischen unter dem Gesichtspunkt von repräsentativen bzw. direktdemokratischen Entscheidungsverfahren? Wenn ja, dann im Bewusstsein einer mehrfachen Herausforderung: Zum einen der Ambivalenz, dass eine verstärkte Beteiligung von Bürgern an Planungsprozessen und Bauvorhaben einerseits zur Akzeptanzsteigerung eines konkreten Projekts bzw. zur nachträglichen Befriedung einer kontroversen Konstellation führen kann (Bsp.: „Stuttgart 21“; Shell-Pipeline „Connect“ in Köln-Wesseling) – aber nicht muss.³⁵ Sodann des als „Partizipationsparadoxon“ bekannten Phänomens, wonach die Einflussnahme und Mitgestaltungsmöglichkeit der Bürger auf ein Projekt im Frühstadium, im Vorfeld der formellen Planungsverfahren, am größten ist. „Hier könnten gleichfalls mögliche Konfliktpotentiale beseitigt oder minimiert und somit der eingeführte Verfahrensablauf beschleunigt werden. Jedoch zeigt sich, dass zu dieser Phase das Interesse und Engagement am geringsten ist. Reziprok verhält es sich im fortgeschrittenen Planungsverfahren bzw. bezogen auf die Umset-

zung dieser Maßnahme: Mit fortschreitendem Verfahrensstand schwindet die Möglichkeit der Einflussnahme der Betroffenen. Zugleich steigt folglich das Engagement und Interesse, da nun bestimmte Maßnahmen konkreter werden und sich ggf. die Betroffenheit deutlicher abzeichnet.³⁶

Dies alles – zum Dritten – im Bewusstsein einer stark asymmetrischen Kosten-Nutzen-Verteilung von Infrastrukturprojekten in der Bevölkerung³⁷ und der bislang nicht ausreichend problematisierten Tatsache, dass die „neue Partizipationsdemokratie (...) keineswegs die zivilgesellschaftliche Integration“ fördert, wie Franz Walter in

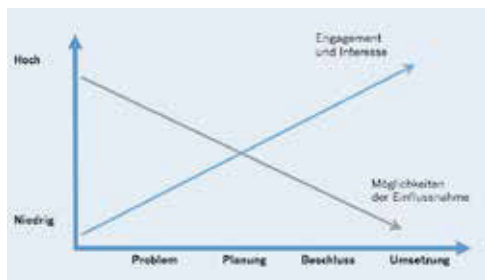


Abbildung 2; Quelle: Eigene Darstellung

den Schlussfolgerungen seiner Analyse der Physiognomie der neuen Protestbewegungen betont: „sie öffnet vielmehr die Schere zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ noch mehr, vertieft also die soziale Ungleichheit, statt sie einzudämmen“³⁸.

Das Projekt einer „Energiewende“ ist nicht neu, die Herausforderungen aber, vor denen Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft heute stehen, wenn das Projekt in die Praxis überführt wird, sind es sehr wohl. Die Ambitionen sind enorm, die Komplexität der Rahmenbedingungen und die Differenzen der Interessen nicht minder – im Großen wie im Kleinen.

Anmerkungen

1 Vgl. Thomas Kästner/Henning Rentz (Hrsg.): Handbuch Energiewende, Essen 2013.

2 Vgl. Felix Lennertz: Trianel plant Pumpspeicherkraftwerk am Rursee, in: Aachener Zeitung online vom 8. Juli 2011.

3 Vgl. NRW SPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW: Koalitionsvertrag 2012–2017. Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten, Düsseldorf 2012, S. 40.

4 Mit „Scheitern“ ist an dieser Stelle und im weiteren Verlauf der Studie die nicht zustande gekommene Realisierung eines aus Sicht der Politik wichtigen Bausteins des Großprojekts Energiewende gemeint.

5 Homepage Bürgerinitiative „Rettet den Rursee“.

6 Peter Stollenwerk: Pumpspeicherkraftwerk: „Fakten reichen nicht“, in: Aachener Zeitung online vom 13. Februar 2013.

7 Vgl. Florentin Krause/Hartmut Bossel/Karl-Friedrich Müller-Reißmann: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht, Freiburg 1980.

8 „Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität“ vom 22. April 2002, BGBl. I, S. 1351-1359.

9 Vgl. dazu Friedrich W. Rüb (Hrsg.): Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik. Gründe, Akteure, Dynamiken und Probleme, Zeitschrift für Politik, Sonderheft 6, Baden-Baden 2014 (i.E.).

10 „Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“ vom 31. Juli 2011, BGBl. I, S. 1704-1705.

11 Angela Merkel: Regierungserklärung zur Energiepolitik. „Der Weg zur Energie der Zukunft“, Berlin, 9. Juni 2011.

12 BUND: Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, Berlin 2013.

13 Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten, 18. Legislaturperiode, Berlin 2013, S. 51.

14 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, Berlin 2010.

15 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: So geht die Energiewende! Der Fahrplan für die saubere, sichere und bezahlbare Energiezukunft, Berlin o.J. (2013), S. 6.

16 Die Linke: Parteiprogramm. Klimaschutz und Energiewende, Erfurt 2011.

17 Klaus-Dieter Maubach: Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung, Wiesbaden 2013, S. 161.

- 18 Jürgen-Friedrich Hake: Die Transformation des Energiesystems muss offener gestaltet werden, in: Kästner/Rentz (Hrsg.): Handbuch Energiewende, S. 469-478, S. 474.
- 19 Jürgen-Friedrich Hake u.a.: Cadenabbia-Thesen zur Energiewende: Welche Bürgerbeteiligung braucht die Energiewende?, in: Ludger Gruber/Jürgen-Friedrich Hake (Hrsg.): Grundlagen für die Transformation von Energiesystemen, Jülich 2012, S. 111-114, S. 112.
- 20 Agentur für Erneuerbare Energien (Hrsg.): Erneuerbare Energiewende ist bei Deutschen weiterhin hoch im Kurs, Renew's Kompakt vom 18. September 2013, S. 1.
- 21 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Schwierige Wende. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 141 vom 20. Juni 2012, S. 2.
- 22 Vgl. ebd., Tabelle 4.
- 23 Verbraucherzentrale Bundesverband: Verbraucherinteressen in der Energiewende. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung (Forsa), Berlin 2013, S. 39.
- 24 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Schwierige Wende, Tabelle 5.
- 25 Vgl. ebd., Tabelle 9.
- 26 Verbraucherzentrale Bundesverband: Verbraucherinteressen in der Energiewende, S. 20.
- 27 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Schwierige Wende, Tabelle 8.
- 28 Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig: Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten. Ableitungen für eine verbesserte Beteiligung auf Basis von Erfahrungen und Einstellungen von Bürgern, Kommunen und Unternehmen, Leipzig 2013, S. 91.
- 29 Vgl. Deutscher Energie-Kompass 2012 (TNS Infratest im Auftrag der IG BCE), S. 6.
- 30 Vgl. Diana Schumann/Wolfgang Fischer/Jürgen-Friedrich Hake: Energiewende und Stromnetzausbau aus Sicht der Bevölkerung, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 7/2013, S. 68-72.
- 31 Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten, S. 50.
- 32 Franz Walter u.a. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek 2013. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung analysierte Motivlagen und Virulenzen von Protestbewegungen grundsätzlich, aber auch konkret bei Bauprojekten im Zuge der Energiewende.
- 33 Ludger Gruber: Welche Bürgerbeteiligung braucht die Energiewende?, in: Gruber/Hake (Hrsg.): Grundlagen für die Transformation von Energiesystemen, S. 91-100, S. 92.
- 34 Vgl. hier unter anderem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Werkzeugkasten Dialog und Beteiligung. Ein Leitfaden zur Öffentlichkeitsbeteiligung, Düsseldorf 2012; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Prozessschritte und Empfehlungen am Beispiel von Fernstraßen, Industrieanlagen und Kraftwerken, Gütersloh 2013; Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge: Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten.
- 35 Vgl. Adrian Vatter/Anja Heidelberger: Volksentscheide nach dem NIMBY-Prinzip? – Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens zu Stuttgart 21, in: Politische Vierteljahresschrift 2/2013, S. 317-336; Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur, und Daseinsvorsorge: Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten, S. 10f.
- 36 Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge: Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten, S. 60f.
- 37 Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar: Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013, S. 129.
- 38 Franz Walter: Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick, in: Ders. u.a. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger, S. 301-343, S. 309.